

ESSAY

Auf dem Weg zum Sonnenstaat

Über den antibürgerlichen Charakter der Netz-Utopie

Von Jan Fleischhauer

Als sich die Kommunarden der deutschen Revolution von 1968 daranmachten, den neuen Menschen zu schaffen, hängten sie erst einmal die Klotüren aus und verboten geheime Gedanken. Nach dem Abwasch versammelten sich die Bewohner der Kommune 1, der ersten und bis heute wohl berühmtesten Wohngemeinschaft der Republik, rund um den Esstisch am Stuttgarter Platz in Berlin, um sich gegenseitig ins Gebet zu nehmen und zu Geständnissen zu bewegen. Der Kommunarde Fritz Teufel schwor, er werde mit „keiner Frau mehr ein Verhältnis anfangen“ und auch „keine kurzen, aggressiven Bemerkungen“ mehr machen, wie es das Wortprotokoll einer Gruppensitzung festhält. „Schweiger müssen reden“, lautete die Aufforderung an die stilleren Naturen unter den WG-Genossen: „Jeder muss seine individuelle Situation auf den allgemeinen Stand bringen.“ Die „Destruierung der Privatsphäre“, wie das Programm zur Abtötung alter Reflexe und Verhaltensweisen hieß, galt als Voraussetzung für den Aufbruch in die neue Zeit.

In Berlin ist heute wieder ein Experiment mit unbedingter Öffentlichkeit zu beobachten. Diesmal sind es die 14 Männer und eine Frau der Piratenpartei, die sich dem Selbstversuch unterziehen, wie weit man es mit dem Gebot absoluter Transparenz treiben kann. Weil Geheimnisse bei den Piraten als „grundsätzlich antidemokratisch“ gelten, wie es der Abgeordnete Pavel Mayer nach dem Einzug ins Berliner Landesparlament verkündete, sind alle Fraktions-sitzungen öffentlich, der Verlauf wird mitgeschnitten und im Netz für jedermann zugänglich hinterlegt. Auch Ausschusssitzungen, an denen Piraten teilnehmen, sind jetzt einsehbar. Neulich gab es eine Diskussion, ob man wenigstens für den Geheimdienstausschuss Vertraulichkeit vereinbaren darf.

Im Prinzip muss jeder Pirat damit rechnen, dass alles, was er sagt, über Twitter in Umlauf gerät, sofern es politisch geudet werden kann. Für die Presse ergibt sich daraus das Problem, dass eine Partei, in der jeder Fehltritt, jeder Streit und jede Kritik untereinander sofort über das Internet nach draußen dringen, die Recherche überflüssig macht. Wo alles offenliegt, gibt es nichts mehr zu enthüllen. Das kann man für einen Fortschritt oder für eine gruselige Fehlentwicklung halten – in jedem Fall zeigt sich in dieser Form radikaler Öffentlichkeit eine Auffassung von Demokratie, die mit dem herkömmlichen Verständnis nicht mehr viel zu tun hat.

Wer die Netzbewegung für eine Versammlung von Leuten hält, der es in erster Linie um den kostenlosen Bezug von Musik geht, verkennt ihren revolutionären Charakter. Die Ak-

tivisten haben sich nichts weniger vorgenommen, als eine bessere, gerechtere Welt zu schaffen, in der niemand mehr über dem anderen steht. Es ist dieser egalitäre Anspruch, der der Bewegung ihre Zugkraft verleiht und sie zugleich anschlussfähig macht für andere Protestformationen. Unter den Demonstranten, die es in diesen Tagen gegen das Urheberrechtsabkommen Acta auf die Straße treibt, finden sich viele, die bei anderer Gelegenheit für Occupy und gegen zu viel Bankenmacht zu Felde ziehen.



Kommunarden 1968

„Da alles im Offenen stattfinden muss, gilt schon ein Gespräch unter Bäumen als verdächtig.“

Wer sich bei den Piraten einschreibt, lernt früh, an die Weisheit des Kollektivs zu glauben. Persönliche Meinungen sind irrelevant, wie ihr Bundesvorsitzender gesagt hat. Die Meinung des Einzelnen gewinnt erst Bedeutung, wenn die Gruppe mehrheitlich zustimmt, was philosophisch gesehen eine hübsche Aporie ist, denn in diesem Moment hört sie auch auf, Einzelmeinung zu sein. Um den Willen der Basis zu erkunden, haben die Netzadvokaten unter dem Titel „Liquid Democracy“ eine Reihe von Verfahren entwickelt, die sicherstellen sollen, dass sich keine informellen Hierarchien bilden. Jede Form der Privilegierung, und sei es nur ein schönerer Blick aus dem Fenster, setzt einen dem Verdacht aus, den Gruppengeist zu missachten, weshalb die Berliner Abgeordneten zwei Monaten brauchten, um die Bürofrage zu klären.

Da alles im Offenen stattfinden muss, gilt schon ein Gespräch unter Bäumen als verdächtig, um mit Bertolt Brecht zu sprechen. Als zwei Veteranen der Partei vor zwei Wochen einen Appell an ihre Mitstreiter veröffentlichten, sich auf die eigenen Wurzeln zu besinnen, trug ihnen das den Vorwurf ein, aus dem „Hintergrund“ operiert und damit „unpiratig“ gehandelt zu haben. Die beiden Autoren hatten versäumt, ihren Text dem Piratenkollektiv über die dafür vorgesehenen „Kommunikationswerkzeuge“ rechtzeitig zur Abstimmung vorzulegen. Dieser Verstoß reichte, um sie ins Unrecht zu setzen.

Revolutionäre Bewegungen zielen auf die Transformation des Menschen, das ist bei den Netzenthusiasten, für die ja die Piratenpartei nur der parlamentarische Arm ist, nicht anders. Erst wenn sich der Mensch verändert, verändert sich die Gesellschaft, deshalb sind alle revolutionären Vorhaben immer auch Erziehungsprogramme. Ein Weg, den Menschen an die Erfordernisse der neuen Zeit zu gewöhnen, besteht darin, ihm die Flucht in seine alte Welt zu versperren. Wer keinen Rückzugsraum mehr hat, in dem er sich unbeobachtet weiß, ist leichter von seinen schlechten Gewohnheiten zu ku-

rieren. Schon im „Sonnenstaat“ des Dominikanermönchs Thomas Campanella, einem der ersten Entwürfe einer utopischen Idealgemeinschaft, findet sich neben dem Lob auf die Gleichheit die Auslöschung jeder Form von Privatem, in der das Heimliche und Verschwiegene gedeihen könnte. Genau in dieser Auslieferung des Individuums liegt das Wesen totalitärer Herrschaft. Umgekehrt ist es das Kennzeichen bürgerlicher Gesellschaften, einen Bereich abzustecken, der dem staatlichen Zugriff entzogen ist. Am Beginn der bürgerlichen Revolution, wie sie in Großbritannien zum ersten Mal auf die Weltbühne tritt, steht der Versuch, gegen die Monarchie eine private Freiheitssphäre zu etablieren. Die Deklaration der Menschenrechte ist immer auch die Ausrufung individueller Abwehrrechte.

Die Piratenpartei versieht ihr Transparenzgelübde mit der Einschränkung, dass dieses nur für das politische Leben gelte. Aber da auch bei den professionellen Netzvertretern das Private ganz schnell politisch wird, wirkt diese Trennung merkwürdig unzeitgemäß. Im Alltag verschwimmen längst die Grenzen zwischen Kommunikation und sozialer Kontrolle. Wer ständig über Twitter oder Ortungsdienste wie „foursquare“ mitteilt, was er tut und wo er sich aufhält, hat den Unterschied zwischen iPhone und elektronischer Fußfessel aufgehoben.

Nur einen Klick weiter stößt man auf Texte der sogenannten Post-Privacy-Bewegung, die für eine völlige Freigabe alles Privaten eintritt. Die Repräsentanten dieser noch jungen Strömung können für sich in Anspruch nehmen, den Transparenzgedanken an sein logisches Ende gedacht zu haben. Ihr Plädoyer gegen jede Form des Datenschutzes verstehen sie nicht als Kapitulation, sondern als Annäherung an den revolutionären Gesellschaftsentwurf der Netztheoretiker, als „Aufruf zur Utopie“. Die wahrhaft emanzipierte Gesellschaft hat Privatsphäre nicht mehr nötig, denn wenn alle Daten allen gleichermaßen zur Verfügung stehen, ist mit der Verfügungsgewalt über diese auch keine Macht mehr verbunden. Das ist das Ideal, das es anzustreben gilt. Oder wie es Julia Schramm, eine der deutschen Vertreter von Post-Privacy, sagt: „Wir sind hoffnungslose Idealisten und wünschen uns eine diskriminierungsfreie Welt, in der es nicht notwendig ist, sich ins Privatleben zurückzuziehen.“

Noch sträuben sich große Teile des organisierten Netzes gegen die Vorstellung einer datenschutzbefreiten Welt, der Widerstand ist auch altersbedingt. Viele der publizistisch und politisch Aktiven stammen aus dem Umfeld des „Chaos Computer Clubs“, jenes Hamburger Hacker-Vereins, der auf seiner Website die eigene Traditionslinie bis zum berühmten Kommune-1-Tisch zurückverfolgt. Für diese Generation, meist um die 40 Jahre und älter, bedeutet Datenschutz einen Identitätsanker, auch wenn er inzwischen das Relikt einer Zeit ist, in der die Linke noch Grund hatte, dem Staat zu misstrauen. Über die Jahre sind die Systemgegner von einst an die staatlichen Schaltstellen gerückt, sie müssten sich also vor sich selbst fürchten, wenn man ihre Ängste ernst nehmen soll. Auf Jüngere wirken die Befürchtungen zu Vorratsdatenspeicherung oder polizeilicher Funkzellenabfrage deshalb oft nur noch schrecklich antiquiert, „so was von Eighties“, wie die 26-jährige Schramm sagt.

Wo das Kollektiv regiert und alle Unterschiede eingeebnet sind, lösen sich auch die Eigentumsbegriffe auf, das kann nicht

ausbleiben. Sobald es um die „gesellschaftliche Teilhabe“ der Bürger geht, müssen andere Interessen zurückstehen, allen voran kommerzielle. „Die Schaffung von künstlichem Mangel aus rein wirtschaftlichen Interessen erscheint uns unmoralisch“, steht im Forderungskatalog der Piratenpartei, die jetzt auch auf gesetzgeberischem Wege versucht, den Anliegen der Netzgemeinde zum Durchbruch zu verhelfen. Im Piratenwiki, der Informationsplattform der Partei, heißt es: „Unserer Meinung nach gibt es kein geistiges Eigentum, denn es setzt voraus, dass Ideen einer Person gehören.“ Auch wenn man der „Rechte-industrie“, wie die Besitzer in guter linker Tradition heißen, nicht grundsätzlich das Recht bestreitet, für ihre Leistungen Geld zu nehmen, hat man sich in der Praxis doch auf eine Umkehr der Beweislast verständigt. Wenn die Leute elektronisch Handelbares lieber illegal aus dem Netz beziehen, haben die kommerziellen Anbieter es eben versäumt, attraktive Gegenangebote zur kostenlosen Alternative zu machen.

Jeder Versuch, der bürgerlichen Eigentumsordnung auch im Internet Gültigkeit zu verschaffen, wird von den Netzfundamentalisten als Einschränkung ihrer Grundrechte verstanden. Schon die Abschaltung einer Website zur offenkundig rechtswidrigen Verbreitung von Kinofilmen ruft Protest hervor, sofort ist von „Zensur“ und einem Angriff auf die „Freiheit des Internets“ die Rede. Dass die Eigentumsgarantie zu den Freiheitsrechten gehört, die für einen Humanisten wie David Hume den Unterschied zur Willkürherrschaft begründeten, gehört zu den Erkenntnissen, an die trotz Wikipedia jede Erinnerung gelöscht zu sein scheint.

Glaubt man den Propagandisten der Netz-Utopie, dann befinden wir uns auf dem Weg in eine postmaterielle Zukunft, in der Geld keine bestimmende Rolle mehr spielt. In dieser freundlichen Kultur des Teilens nimmt sich jeder gemäß seinen Bedürfnissen und bezahlt nach seinen Fähigkeiten, wenn überhaupt. Auf ihrem letzten Bundesparteitag haben die Piraten ihr Programm um die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen erweitert, was nur konsequent ist, wenn man darüber nachdenkt: Wer sich einmal an den

Gedanken gewöhnt hat, dass alles frei ist, will sich auch um den normalen Lebensunterhalt keine Sorgen mehr machen müssen. Dass ausgerechnet die FDP über Zugeständnisse an die Anhänger dieses Netzsozialismus verlorengewangene Sympathien zurückgewinnen will, zeigt die tiefe Verwirrung dieser Partei.

Wie jede Jugendbewegung profitiert der Netzprotest von der Vermutung, dass ihm die Zukunft gehöre. Niemand lässt sich gern nachsagen, er habe den Anschluss verpasst; das gilt erst recht für Leute, die nicht mehr die Jüngsten sind. Der Schwung des Neuen ist immer noch ein unbestechliches Argument, sich hinter eine Sache zu klemmen, selbst wenn man sie nur zur Hälfte versteht. Wer genauer hinsieht, muss allerdings feststellen, dass vieles von dem, was jetzt als neu verkauft wird, vor über 40 Jahren schon einmal erdacht und erprobt wurde, damals nur sehr viel gründlicher. Man kann gegen die 68er sagen, was man will: In der Theorieproduktion waren sie den Netz-Epigonon haushoch überlegen. Aber die Protagonisten dieses revolutionären Aufbruchs mussten trotz ihrer Gruppenpflichten auch nicht dauernd ihre Verbundenheit mit dem Kollektiv über Handy und iPad dokumentieren. ◆



Netzaktivisten 2012

„Wer sich bei den Piraten einschreibt, lernt früh, an die Weisheit des Kollektivs zu glauben.“